

## **Erster Achtungserfolg für die Arbeit der »AG Visa«**

Als in der Mitgliederversammlung des Deutsch-Russischen Forums Ende März Unmut über Visahürden zwischen beiden Ländern laut wurde, bildete sich spontan eine kleine Arbeitsgruppe, die »AG Visa«. Die ehemalige Kieler Landesparlamentspräsidentin, Frau Dr. Gabriele Kötschau, und Frau Anne Hofinga, Vorsitzende der rührigen „Russlandhilfe“, beteiligen sich mit großem Erfahrungsschatz intensiv. Die Herren Alexander von Bismarck, Botschafter a. D. Dr. Ottokar Hahn und Nils Knigge wirken ausgiebig vor und hinter den Kulissen. Bald stieß auch der Mitarbeiter des für die zivilgesellschaftlichen Kontakte zuständigen CDU-MdB Herrn Dr. Andreas Schockenhoff, Herr Eugen Schönfeld, dazu. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle herzlich gedankt, vor allem auch deshalb, weil der Initiator der Arbeitsgruppe und Autor dieser Zeilen als Neuling zunächst am wenigsten Sacherfahrung beisteuern konnte.

Wer hätte gedacht, dass aus dieser Initiative einer der wichtigsten Vorschläge für die Anhörung vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages erwachsen würde? Als am 28. September etwa zehn Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen zusammenkamen, zeigte sich, dass das Interesse an den vorgeschlagenen 18 Sofort-Maßnahmen für Erleichterungen im Visaverkehr groß war, vor allem deshalb, weil internationale Abstimmungshürden und/oder Gesetzesänderungen entfallen könnten. Genau diese Haltung hatte die Arbeitsgruppe Visa des Deutsch-Russischen Forums von Anfang an vorhergesehen und deshalb frühzeitig alle Aktivitäten in einen Maßnahmenkatalog investiert, der diesen rechtlichen Kriterien genügen würde. Dies wäre ohne die Unterstützung durch Geschäftsführung und Vorstand des DRF nicht denkbar gewesen: Zunächst einmal gab es nach einer ersten Analyse eine wegweisende Entscheidung, die beide Instanzen ohne Wenn und Aber sofort mittrugen: Dass die AG Visa ausschließlich Forderungen an die eigene, die deutsche Seite erheben würde – und Wünsche an die russischen Partner allenfalls sammeln und auflisten wollte. Hintergrund war die traurige Erfahrung, dass vor allem die deutschen Visabestimmungen Ursache russischer Verstimmung und nachfolgender »reziproker« Maßnahmen waren – und es deshalb auch Sache und Aufgabe der deutschen Bundesregierung sein musste, dies zu ändern. Zum Glück hat Bundeskanzlerin Merkel im Petersburger Dialog am 19. Juli diesen Zusammenhang ausdrücklich anerkannt und Abhilfe in Aussicht gestellt – und damit den Weg für eine positive, neue Politik eröffnet.

Eine ständig parallel laufende enge Abstimmung mit dem russischen Konsulat in Berlin trug zu einem verstärkten, herzlichen und freundschaftlichen Kontakt erheblich bei – und sicherte die » praktische Bodenhaftung« aller Diskussionen. Hervorzuheben ist die äußerst konstruktive Zusammenarbeit mit dem Ostausschuss, der die vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen solidarisch mittrug. Schließlich errang DRF-Geschäftsführer Martin Hoffmann Sitz und Stimme für die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Anhörung: Der höchst aktive Geschäftsführer des Deutsch-Russischen Austauschs, Stefan Melle, der Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften (BDWO) mit den Vorständen Helmut Hinrichs und Dr. Cyrill Pech, die Stiftung West-Östlicher Begegnungen mit Herrn Dr. Helmut Domke sowie wiederum Frau Hofinga von der

Russlandhilfe verlängerten und präzisierten die Listen der Forderungen, die DRF-Geschäftsführer Hoffmann so vortrug, dass der entscheidende Sinn des Ganzen haften blieb: Sofort-Erleichterungen für alle, vor allem durch Wegfall der persönlichen Vorsprache.

Ein Ausblick auf die künftige Arbeit nimmt zwei Herausforderungen ins Blickfeld: Zum einen nahm kein einziges Mitglied des Innenausschusses des Bundestages an der Anhörung teil. Aus diesem Fachbereich könnten plötzlich Hindernisse auftauchen. Und: Das Endziel einer zeitnahen, völligen Visafreiheit sollte stärker ins Blickfeld kommen, mit klarem Datum zum Ende der laufenden Legislaturperiode, also 2013. Damit wollen wir mithelfen, die 18 Sofort-Maßnahmen kurzfristig umzusetzen und gleichzeitig vermeiden, dass Politik und Verwaltung diese wesentlichen Erleichterungen als Ruhekissen nutzen. So hat es die » Arbeitsgruppe Visa« am 10. Oktober beschlossen – und auch die übrigen zivilgesellschaftlichen Gruppen tragen eine derartige Doppelstrategie mit. Dies wurde in einer gemeinsamen Sitzung am 13. Oktober deutlich.

Die Arbeit hat begonnen – und sicher ist: Erfolge kommen schneller, wenn möglichst viele Russland-Freundinnen und –Freunde sich in Ihrem jeweiligen Umfeld zielstrebig dafür einsetzen.

Christoph Hörstel  
Leiter Arbeitsgruppe Visa